



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft für die Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie 2019-2027 zu nutzen und damit die Situation von Jugendlichen in Europa und ihre Beteiligung an den demokratischen Prozessen auf allen Ebenen zu verbessern.

Dabei soll die Landesregierung besonderes Augenmerk richten auf

- den Ausbau des europäischen Austauschprogramms Erasmus+ und dessen finanzielle Aufstockung wie vom Europäischen Parlament vorgeschlagen,
- die Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen durch geeignete Angebote mit dem Ziel, die Kultur und Vielfalt Europas zu entdecken und so eine europäische Identität zu fördern,
- eine stärkere finanzielle Unterstützung der Europaschulen in Schleswig-Holstein, um den Austausch von Schülerinnen und Schülern zu fördern und Klassenreisen in europäische Staaten, insbesondere in die Ostseeregion, zu fördern,
- eine deutlich stärkere Förderung des europäischen Austausches unter Auszubildenden,

- die Stärkung der Jugendgarantie als wirksame Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die als Folge der Coronavirus-Pandemie in vielen EU-Staaten weiter steigt,
- die Einrichtung eines permanenten europäischen Jugendbeschäftigungsfonds,
- die Ausweitung von Programmen für benachteiligte Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt und für den Übergang von der Schule in den Beruf und dies auch bei der Erarbeitung des neuen ESF+-Programms in Schleswig-Holstein verstärkt zu berücksichtigen,
- den Ausbau und die Institutionalisierung der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen sowie den Diskussionsprozessen der Ostseekooperation,
- die Verbesserung des kulturellen Austausches unter Jugendlichen,
- eine zielgerichtetere und kontinuierlichere Förderung von Jugendorganisationen als Mittler der informellen und nicht-formalen Bildung sowie
- die Nutzung des Potenzials der sozialen Medien zur Beteiligung von Jugendlichen und den Ausbau der Medienkompetenzförderung junger Menschen, um sie zu kritischem Denken und Bewerten von Informationen zu befähigen.

#### Begründung:

Am 26. November 2018 hat der Rat eine Entschließung zur EU-Jugendstrategie 2019-2027 verabschiedet. Sie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU. Die Strategie ist auf die drei Schwerpunktbereiche Beteiligung, Begegnung und Befähigung von Jugendlichen ausgerichtet.

Die wichtigsten EU-Förderprogramme zur Unterstützung der Jugendpolitik sind Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps. Im Gegensatz zum Vorschlag der Europäischen Kommission von 2018, das Erasmus+ Programm auf knapp 28 Mrd. Euro aufzustocken, hat der Europäische Rat im Juli 2020 beschlossen, Erasmus+ in der neuen Förderperiode 2021-2027 mit 21,2 Mrd. Euro auszustatten. Diese Entscheidung wird vom Europäischen Parlament kritisiert, das fordert, das Erasmus-Programm mit deutlich mehr Mitteln auszustatten, um die selbst gesteckten Ziele der Jugendstrategie erreichen zu können und Jugendliche insbesondere gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen, vor denen Europa steht, besser an den demokratischen Prozessen beteiligen zu können.

Ein weiterer wichtiger EU-Förderfonds ist der neue ESF+, der u.a. die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt fördert und der ebenfalls im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission nach dem Beschluss des Rates nochmals gekürzt wird. Mit den für die neue Förderperiode für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Mitteln soll die Landesregierung deshalb die Förderung entsprechender Projekte sicherstellen.

Tobias von Pein

Regina Poersch

und Fraktion